Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrag- 20 Pfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Postboten und unsere Ausnehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 7gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebener Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis abends 10 Uhr Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 234 — 83 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonntag, 4. Oktober 1924

Kehraus in Genf.

Als Erlösertat war sie angekündigt worden, diese Tagung des Völkerbundes, damals, als sich die beiden völkerbundbegeisterten Ministerpräsidenten von England und Frankreich in Chequers die Hände drückten, als das Sachverständigengutachten die Grundlage geschaffen zu haben schien für eine Vereinigung des Verhältnisses zwischen Deutschland und der Entente und diese Grundlage dann auf der Londoner Konferenz fest zusammengemauert werden sollte. Damals wurde angekündigt, daß Macdonald und Herriot, sprechen würden vor diesem Areopag der Völker in Genf, sie, die Führer der beiden größten Mächte des Kontinents, des armen zerquälten Europa. Und daß sie den Weltfrieden künden, die Wege weisen würden, wie das „Nie wieder Krieg!" eine Wirklichkeit werden sollte, wie man Stück um Stück der furchtbar schweren militärischen Rüstung ablegen würde. Und wie das „Seid umschlungen, Millionen!" gekrönt werden würde durch den Eintritt der drei letzten großen Mächte, die noch draußen stehen: Amerika, Deutschland, Rußland.

Das alles war zu schön, als daß man auf die Erfüllung zu hoffen wagte.

Nun ist sie zu Ende, diese Tagung, die so vielen vieles bringen sollte; das Schlußprotokoll ist unterschrieben und das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren den Regierungen zur Unterzeichnung empfohlen. Der Völkerbundrat soll eine Abrüstungskonferenz einberufen und die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage soll „von den Regierungen weiter erwogen" werden; und für die Abrüstungskonferenz wird gleich ein Programm in Vorschlag gebracht, auf dem auch der uns besonders interessierende Punkt steht: Schaffung von entmilitarisierten Zonen. Und „Aufsicht über den Rüstungsumfang der einzelnen Staaten".

Will man der Völkerbundtagung eine Note ausstellen, so kann man sagen: sie hat „nützliche Arbeit geleistet". Nützlich insofern, als sie Klarheit geschaffen hat über die Grenzen jener Idee, die „theoretisch" dem Völkerbund zugrunde liegt. Klarheit aber vor allem über die Grenzen, die für Deutschland gezogen sind angesichts der Art, wie die Idee verwirklicht wurde und sich auswirkte. Nach der negativen Seite hin: obwohl man über einen Monat zusammen war, ist gegenüber den himmelschreienden Zuständen im Saargebiet nichts geschehen, als daß man für das verstorbene spanische Mitglied der Saarregierung einen — Tschechen hineinsetzte, der sicherlich nun gar nichts gegen das französische Regime einzuwenden haben wird. Und die Beschwerden der deutschen Minderheiten in Polen — auch dafür hatte man keine Zeit.

Es ist ganz zweifellos, daß Macdonald, der begeisterte Prophet des Völkerbundes, den Eintritt Deutschlands wünscht. Aber in seiner über die realen, nackten, grausamen Tatsachen leicht hinübervoltigierenden Art, bei seinem Flug durch die Wolken sah er nicht, daß „hart im Raume sich die Sachen stoßen". Wie hart, das zeigte die Rede Herriots und die Worte derer, die dann sprachen. Zeigten vor allem die Beschlüsse über die Militärkontrolle, zeigte der Protest gegen die Ausführungen des ungarischen Delegierten Apponyi, dessen Klage über das „zweierlei Recht" im Völkerbund auf eisige Ablehnung stieß.

Zweierlei Recht — das aber war das Charakteristische des Völkerbundes, wie er bisher war, wie er sich auch auf seiner fünften Tagung zeigte und wie er vielleicht auch bleiben will. Opfern will niemand der „Idee" des Völkerbundes, will keines seiner wirklichen oder angemaßten Rechte aufgeben, vor allem nichts von jenem, was die eisengepanzerte Faust des Versailler Friedens diktierte. Und das ist die Tatsache, die wie ein Felsblock auf dem Wege zu jener Idee liegt. Um den wir Deutsche nicht herumkommen, der uns den Weg versperrt, jener Weg, über dessen Anfang die Gleichberechtigung der Völker nicht als buntleuchtendes Transparent steht, sondern ein Weg, auf dem diese Gleichberechtigung Wirklichkeit ist. Noch aber liegt jener Felsblock breit und finster drohend da und die fünfte Tagung des Völkerbundes hat nicht einen einzigen, noch so kleinen Splitter abgeschlagen. Im Gegenteil: der Beschluß über die Militärkontrolle gegenüber den Besiegten hat ihn neu gefestigt.

Damit ist unsere Stellung gegenüber den Dingen gegeben, die in Genf geschehen sind: Abwarten. Denn wir haben ja in der Welt nur Pflichten, keine Rechte. Will man uns noch mehr Pflichten auferlegen, so wollen wir fragen, ob man uns auch Rechte geben will. Vor allem das Recht der Gleichberechtigung, der ideellen wie der materiellen: um der schönen Augen der Völkerbundsidee willen dürfen wir uns nicht noch zu mehr verpflichten, als wir es schon taten.

Protest gegen die 26prozentige Abgabe.

Berlin, 3. Oktober. Die Erhebung der 26prozentigen Reparationsabgabe durch Frankreich hat auch in Kreisen, die dem Transfer-Agenten nahestehen, lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Man weist darauf hin, daß durch die Erhebung dieser Abgabe die Durchführung des Dawes-Planes im höchsten Maße gefährdet erscheint. Der Transfer-Agent hat bereits Schritte unternommen, um die französische Regierung zu einer anderweitigen Regelung zu veranlassen.

Um die Regierungserweiterung

Erklärung der Sozialdemokratie.

Berlin, 3. Oktober.

Über die heutigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei wird halbamtlich mitgeteilt:

In der Aussprache, die heute vormittag zwischen den sozialdemokratischen Fraktionsführern und dem Reichskanzler über eine Regierungsumbildung stattfand, wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei sich bei der Entscheidung über die Frage der Erweiterung der Reichsregierung nicht von parteitaktischen Erwägungen bestimmen lasse. Ohne der Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgreifen zu wollen, wurde betont, daß eine grundsätzliche Ablehnung der Erweiterung der Reichsregierung im Sinne des Reichskanzlers für die Sozialdemokratie nicht in Frage komme, daß aber vor abschließender Stellungnahme völlige Klarheit geschaffen sein muß über die Haltung der Deutschnationalen Partei zum Schutz der republikanischen Reichsverfassung, zur Durchführung des Washingtoner Abkommens und zu den entscheidenden Fragen der deutschen Außenpolitik.

Als Unterhändler der Sozialdemokratie waren erschienen die Abgeordneten Müller-Franken, Wels und Dr. Hilferding. Die Besprechung mit den Vertretern der deutschnationalen Reichstagsfraktion begann im Laufe des Nachmittags, es ist aber fraglich, ob sie noch im Laufe des Tages zu einem Resultat gelangt. Ein Kabinettsrat ist jedenfalls für heute abend vorgesehen. Die Vertreter der Regierungsparteien haben in ihrer Besprechung mit dem Kanzler darauf hingewiesen, daß sie der endgültigen Stellungnahme ihrer Fraktionen, die im Laufe der nächsten Woche zusammentreten werden, nicht vorgreifen könnten. Infolgedessen müßten sie sich darauf beschränken, das Programm des Kanzlers anzuhören und ihm ihre Zustimmung zu geben, daß er seine Bemühungen gleichzeitig nach rechts und links erstreckt.

Die jetzige Regierungskrise ist die vierzehnte deutsche Regierungskrise seit dem Jahre 1919. Da die eine der in Betracht kommenden Parteien, die Sozialdemokratie, ihre Meinung kundgegeben hat, wird es auf die Stellungnahme der Deutschnationalen im wesentlichen ankommen, nach welcher Richtung sich die Krise weiterentwickelt. Nicht ohne Einfluß ist aber auch das Verhalten der Deutschen Volkspartei, die der jetzigen Minderheitsregierung angehört und ihre Zustimmung zu dem Verhandeln des Kanzlers nach rechts und links gegeben hat, die aber auch die Initiative ergriff zur Fühlungnahme mit den Deutschnationalen. Die Überwindung des kritischen Zustandes in kurzer Zeit ist auf alle Fälle angesichts der außenpolitischen Aufgaben des Augenblicks wie auch der innerpolitischen Klärung dringend zu wünschen.

Die Antwort auf das Völkerbundmemorandum.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 4. Oktober. Ueber die Absendung einer gemeinsamen englisch-französisch-belgischen Antwortnote an die deutsche Regierung in der Frage des Völkerbundes wird heute unmittelbar nach der Ankunft Herriots aus Lyon eine Besprechung stattfinden. Wenn die Absicht, eine einzige Antwortnote zu schicken, sich als undurchführbar erweisen sollte, so besteht auf französischer Seite, wie zuverlässig mitgeteilt wird, der lebhafte Wunsch, daß gleichlautende Antworten von den drei Regierungen an Deutschland gerichtet werden. Der Temps beschäftigte sich gestern abend mit den wesentlichen Punkten des deutschen Memorandums und versucht, die Antwort der Mächte vorauszusehen. Es stehe fest, daß die Regierungen die Bitte Deutschlands zur Schaffung eines Sitzes im Völkerbundsrat nicht abschlagen werden, wenn Deutschland den Antrag auf Aufnahme vorschriftsmäßig stellen wird. Zu den Mandaten über die früheren deutschen Kolonien bemerkt der Temps, daß diese Frage nichts dem Völkerbund angehe. Das Blatt fährt fort: Selbstverständlich kann eine Ableugnung der Schuld am Kriege nicht geduldet werden und der Paragraph des Versailler Vertrages, der feststellt, daß Deutschland und seine Verbündeten ihre Verantwortlichkeit zugeben, woraus sich die Reparationsverpflichtungen ergeben, muß in seiner gesamten Tragweite aufrecht erhalten bleiben. Die deutsche Regierung hat es in der Hand, zu bestimmen, ob Deutschland dem Völkerbund beitreten will, wenn sie den Pakt in der Form unterzeichnet, wie er für sämtliche Mitglieder des Bundes besteht. — Diese Ausführungen des Temps können, wenn sie sich auch zum großen Teil mit der Ansicht der Pariser diplomatischen Kreise decken, nicht als offiziös gelten. Es ist zu beachten, daß sich das Blatt seit dem Ausscheiden seines bisherigen Leitartiklers Herbettes immer mehr in Richtung der Opposition orientiert.

•

Unterredung mit Dr. Marx.

Der Londoner „Daily Expreß" veröffentlicht eine Unterredung seines Vertreters mit dem deutschen Reichskanzler. Dr. Marx soll darin auf die Frage, ob Deutschland sich durch hohe Zollschranken vor jedem Import aus England abzuschließen gedenke, geantwortet haben, daß nicht der geringste Grund für eine solche Zollpolitik vorhanden sei. Im Gegenteil hätten die Statistiken der letzten Jahre bewiesen, daß in Deutschland durchaus ein starker und sich steigernder Bedarf an englischen Waren vorhanden sei. Auf die Frage nach seiner Ansicht über die gegenwärtige allgemeine Lage erklärte Dr. Marx, daß seiner Meinung nach nicht allein in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht eine neue Phase für Europa begonnen habe. Was Deutschland anbetreffe, so könne er nur versichern, daß es den Verpflichtungen, die es mit der Annahme des Dawes-Berichts übernommen habe, bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit nachkommen werde. Der Standpunkt der deutschen Regierung hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund habe gleichfalls bei der Londoner Konferenz eine grundlegende Änderung erfahren. Man könne aber unmöglich von der Masse des deutschen Volkes verlangen, daß sie zum Beispiel in Anbetracht der Entscheidung über Oberschlesien die Handlungen des Völkerbundes vor seinem Beitritt sanktioniere, während es allein die Kosten der Rechnung zu zahlen habe. Aber nun, wo das Reparationsproblem gelöst sei, müsse Deutschland in Anbetracht der wichtigen Fragen, über die der Völkerbund jetzt zu entscheiden habe seine bisherige Haltung ändern. Es sei bereits viel über Deutschlands Denkschrift gesprochen worden. Er könne nur versichern, daß es Deutschland im Grunde genommen nur darauf ankomme, festzustellen, daß seine zukünftige Stellung im Völkerbund der jeder dortvertretenen Großmacht gleichkomme. Er hoffe, daß der Beitritt Deutschlands in nicht allzu ferner Zeit erfolgen werde.

Die Verhandlungen über die deutsche Anleihe.

London, 4. Oktober. Die englischen Blätter bringen erst heute die Nachricht von der Abreise der beiden deutschen Delegierten Dr. Luther und Dr. Schacht. Gleichzeitig bringen sie beruhigende Meldungen, daß diese Abreise lediglich auf kleine technische Schwierigkeiten in den Verhandlungen zurückzuführen sei.

Am Donnerstag Unterzeichnung des deutschen Anleihevertrages.

London, 4. Oktober. Die Verhandlungen über die Einzelheiten der Anleihe sind noch nicht abgeschlossen, da es sich als notwendig erwiesen hat, daß die Vertreter mehrerer kontinentaler Staaten teils telegraphisch, teils durch persönliche Reise zu Hause Rückfragen stellen mußten. Man hofft, am Donnerstag den Vertrag unterzeichnen zu können.

Für einen erfolgreichen Abschluß der deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, 4. Oktober. Ere Novelle greift in einer Besprechung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in sehr unzweideutiger Form den Handelsminister Reynaldi an. Das Blatt drückt sein Bedauern darüber aus, daß Loucheur nicht persönlich die Besprechungen leitet, für die er bei seiner hohen Begabung besonders geeignet erscheine. Ere Novelle fügt hinzu, es hoffe trotzdem, daß der Handelsminister nicht außer Acht lassen werde, daß, wenn Besprechungen überhaupt geführt werden, es darauf ankommt, daß sie zum erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Die republikanische Meinung wünsche einen Erfolg dieser Verhandlungen.

China bittet Japan um Hilfe.

Paris, 4. Oktober. Nach einer Meldung der United Preß aus Peking hat das chinesische auswärtige Amt die japanische Regierung gebeten, einen französischen Frachtdampfer zu beschlagnahmen, der mit achtzehn Flugzeugen an Bord für den Gouverneur der Mandschurei nach den japanischen Gewässern unterwegs ist. Die japanische Antwort ist noch nicht gegeben worden.

Der gefährdete englische Einfluß in China

Neuyork, 4. Oktober. Nach einer neuerlichen Meldung aus Schanghai ist der Angriff der mandschurischen Truppen nunmehr auf der ganzen Front im Gange. Die Verteidiger Pekings sind nunmehr mehrere Meilen zurückgegangen. Die Angreifer versuchen, die Regierungstruppen aus schnell bezogenen Stellungen hinaus zu werfen. Man erwartet ein gemeinsames Eintreten Frankreichs, Rußlands und Japans für die Mandschurei, die offen für die Rebellen sympathisieren, um den angelsächsischen Einfluß in China zu brechen. Die Pekinger Regierung protestierte bei der französischen Vertretung gegen die Weiterbelieferung von 18 Flugzeugen an die Aufständischen und verlangt, daß die Ablieferung verhindert wird.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF